

Zweite Kiewer Gespräche: „Jugend verändert Gesellschaft“

5.-7. Oktober 2006 Kiew

Eine Initiative der Robert Bosch Stiftung und des Europäischen Austausch

In Kooperation mit

Auswärtigem Amt

Deutscher Welle

Deutsch-Ukrainischem Forum

Deutscher Gesellschaft für Osteuropakunde

Heinrich Böll Stiftung

PAUCI Foundation

Die dreitägige Veranstaltung wurde am 5. Oktober im Empfangssaal der Ukrainischen Regierung in Kiew eröffnet. Die Grußadressen sprachen der Abgeordnete der Werchowna Rada und Vorstand von PAUCI **Hryhorij Nemyrja**, der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine **Reinhard Schäfers**, die Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung **Ingrid Hamm** und die Geschäftsführerin des Europäischen Austauschs **Stefanie Schiffer**.

Die Panels des ersten Abends berührten sich in der Frage des *Generationenwechsels* als Element politischen Wandels: Die Jugend war vor zwei Jahren Motor der Orangen Revolution. Was ist aus diesem Engagement geworden? Mehr als die Hälfte der Abgeordneten, die im März 2006 in die Werchowna Rada einzogen, sind unter 30. Wofür stehen sie heute in der ukrainischen Gesellschaft?

Heike Dörrenbächer, Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, moderierte das erste Panel „*Junge Eliten in der Politik*“, an dem die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Schirmherrin der Kiewer Gespräche, Katrin Göring-Eckardt, Swjatoslaw Wakartschuk, Musiker und politischer Aktivist des Majdan, Andrij Schewtschenko,

Journalist und Politiker und Oleksij Kastornyj vom Ministerium für Familie, Jugend und Sport der Ukraine teilnahmen. Unter der Leitung von **Wilfried Jilge** debattierten im zweiten Panel Taras Wozniak, Chefredakteur der Kulturzeitschrift „Ji“ aus Lemberg, und Dietmar Stüdemann, ehemaliger Botschafter der Bundesrepublik in der Ukraine.

Zur Frage nach ihrer persönlichen Motivation, sich politisch zu engagieren, verwies **Katrin Göring-Eckardt** auf die ungeheure Aufbruchstimmung, die zu Wendezeiten 1989/90 herrschte. „Gemeinsam mit anderen jungen Menschen hatte ich das Gefühl, mit meinem Land neu anfangen zu können – da haben wir gesagt, das machen wir jetzt.“ Demokratie zu entwickeln, die in der ehemaligen DDR erst eingeübt werden musste, immer wieder für das hohe Gut freier Rede, Meinung und Presse einzutreten und danach zu suchen, was die Gesellschaft zusammenhält und wie jede und jeder teilhaben kann, seien noch heute die bestimmenden Fragen ihrer Politik. Enttäuschungen blieben freilich nicht aus. Die Durchsetzung mancher Ideen benötige unendlich viel Zeit, manche lassen sich gar nicht verwirklichen. Mit Blick auf Deutschland konstatierte Göring-Eckardt eine gewisse Politikmüdigkeit, in der Ukraine hingegen habe auf dem Majdan eine Aufbruchstimmung geherrscht, die sie an die Wendezeiten im eigenen Land erinnere. In der Begeisterung der jungen Menschen stecke soviel Potential, das nun zum Einsatz kommen müsse und nicht verloren gehen dürfe. Gerade für eine junge Demokratie, die lange Jahre des Kommunismus hinter sich hat, sei es wichtig, dass nicht nur die alten Eliten, sondern die jüngeren Generationen über den politischen Weg des Landes entscheiden können.

Andrij Schewtschenko, obwohl erst 30jährig, bereits Vorsitzender des Ausschusses für Medien in der Werchowna Rada, knüpfte an diesen Punkt an. Der niedrige Altersdurchschnitt der Parlamentsabgeordneten sei von außen betrachtet eine positive Entwicklung. Diese Gruppe sieht sich jedoch dem Vorwurf ausgesetzt, sie würden der in der Werchowna Rada weit verbreiteten Haltung, Politik nur um der Wahrung und Beförderung persönlicher Interessen willen zu machen, nicht viel entgegenzusetzen.

Oleksij Kastornyj vom Ministerium für Familie, Jugend und Sport, teilte die Zweifel, ob dem augenfälligen Generationenwechsel in der Politik auch ein Wandel der politischen Kultur entspreche: Zwar würden in der Ukraine tatsächlich viele jüngere Menschen in die Politik gehen; oft entstammten sie aber den alten Politikerfamilien, oder sie würden von den Parteien auf die Listen gesetzt, damit diese ihre Popularität nutzen können, um der herkömmlichen Politik Legitimität zu verschaffen.

Der in der Ukraine allseits bekannte Rocksänger **Swjatoslaw Wakartschuk** sagte, die Politiker erreichten nicht die Herzen der Jugend und beklagte, dass es heute in der Ukraine keine politische Kraft gibt, die die Interessen der Jugend verträte. Die Gründe dafür lägen auch in der Mentalität der ukrainischen Gesellschaft. Die Gesellschaft und die Jugendlichen selbst seien noch nicht bereit, als Subjekt der politischen Prozesse aufzutreten, ihre eigenen

Interessen zu formulieren und von unten Einfluss auf Politik zu nehmen. Dazu brauche die Jugend nicht „auf die zu Fahne warten“, sich also nicht in den Dienst einer zu Partei stellen. Es bedürfe vor allem besserer Bildung, um junge Menschen überhaupt zur Demokratie zu befähigen.

Katrin Göring-Eckardt entgegnete dem, sie wisse zwar um die Schwierigkeiten der ukrainischen Parteienlandschaft, aber grundsätzliche seien Parteien doch eine geeignete Institution, um Gleichgesinnte zu versammeln und Visionen für Veränderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Natürlich dürften junge Menschen ihr jugendliches Gesicht nicht einfach den Parteien zur Verbesserung von deren Image zur Verfügung zu stellen. Sie müssen ihren eigenen Weg gehen, sich von Anfang an „harten“ politischen Themen widmen und mit ihrem unverstellten Blick frischen Wind ins Parlament bringen. Von den „alten Hasen“ könne man lernen, müsse sich aber nicht alles sagen lassen. Frau Göring-Eckardt zeigte sich erfreut über die Anwesenheit zahlreicher junger Frauen im Publikum – dies sage viel aus über den Stand der Demokratie in der Ukraine. Zu der Frage einer jungen Frau aus dem Publikum, welche Voraussetzungen man erfüllen müsse, um in die Politik zu gehen, antwortete sie, es gebe natürlich den konventionellen Weg über die Jugendorganisation einer Partei, aber eben immer auch Quereinsteiger. Entscheidend sei, von der eigenen Idee überzeugt zu sein und andere dafür begeistern zu können.

Im zweiten Panel „*Zwei Jahre nach der Orangen Revolution: Wo sind die Kräfte des Wandels?*“ wies **Taras Wozniak** auf die Gefahr hin, dass sich der „homo sowjeticus“ im Gewand eines Generationenwechsels „reproduziert“. Ebenso wie der Abgeordnete Andrij Schewtschenko und Botschafter a.D. Stüdemann hob er die Bedeutung der Medien hervor, einer solchen Fehlentwicklung entgegenzuwirken; aber leider seien sie für dieses Aufgabe gegenwärtig zu unprofessionell und regional zersplittert. Es gebe in der Ukraine derzeit keine überregionale qualitativ gute, unabhängige Tages- oder Wochenzeitung, die einen öffentlichen Diskurs befördern und dazu beitragen würde, dass gesamtgesellschaftliche Debatten landesweit stattfinden können.

Dennoch sehe er Ansätze für einen substantiellen politischen Generationenwechsel: Die Orangene Revolution sei eine Revolution des Mittelstandes gewesen. Heute versuchten die Oligarchen zwar, ihre Positionen zurückzuerobern. Doch die Integration der Ukraine in das System der Weltwirtschaft nehme zu, und entsprechend sehe sich das ukrainische Großkapital genötigt, nach zivilisierten Regeln zu spielen. Schließlich lägen wichtige Absatzmärkte für ukrainische Erzeuger im Westen, und man brauche westliche Investitionen. Es entstehe also ein Druck von außen, der – befördert durch die gegenwärtige Entstehung einer parlamentarischen Opposition – weg von der byzantinischen Politik hin zu einem Wettbewerb der politischen Kräfte führe.

Botschafter a.D. Dietmar Stüdemann stimmte mit Wozniak überein, dass Kräfte der Veränderung vorhanden seien. Das Grundproblem, so Stüdemann, sei jedoch, dass viele Politiker in der Ukraine nicht verstünden, dass man in der Demokratie die Macht nur auf begrenzte Zeit erhält. Von einer solchen Haltung ist der politische Nachwuchs allerdings in besonderem Maße betroffen. Einerseits müssten die politisch Verantwortlichen lernen, Kontrollmechanismen der Demokratie zu akzeptieren, aber andererseits diejenigen, die von der Macht abtreten, die Sicherheit haben, dass sie nicht von ihren Gegnern aus politischen Gründen ins Gefängnis geworfen werden. Es gehe darum, das Veränderungspotential zu kanalisieren und zu gestalten. Verantwortung für das Gemeinwohl müsse entstehen. Bisher gebe es nur zivilgesellschaftliche Inseln, die nicht in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext umgesetzt werden. Stüdemann plädierte insbesondere dafür, dass die Ukraine ein funktionierendes politisches System brauche. Es dürfe nicht zu einem Gegensatz zwischen Politik und Gesellschaft kommen. Im politischen System der Ukraine sollte es nicht mehr um Personen, sondern um Institutionen gehen. Die Stärkung der Institutionen über Städtepartnerschaften, Austausch von Universitäten und Kultur sollte stärker im Blickpunkt stehen. Hierfür müssten auch mehr finanzielle Mittel eingesetzt werden. Oleksij Kastornyj hatte in diesem Zusammenhang die Rolle des Dialogs zwischen den ukrainischen und deutschen Jugendlichen betont: es sei wichtig, dass dieser Austausch ähnlich intensiv werde wie der deutsch-französische oder der deutsch-polnische.

Das Panel zu „*Qualität und Zugang zur Hochschulbildung*“ diskutierte die Bedeutung des Bologna-Prozesses für die ukrainischen Hochschulen und die damit verbundenen Reformen.

Peter Zervakis, Leiter des „Kompetenzzentrums Bologna“ der Hochschulrektorenkonferenz in Bonn, ist überzeugt, dass der Bologna-Prozess – nach den Rückschlägen bei der EU-Verfassung und dem Lissabon-Prozess – zu einer „EU-Erfolgsstory“ werden, und diese auch die Ukraine einschließen könnte. Denn der Bologna-Prozess ist nicht nur auf EU-Mitglieder beschränkt, sondern gilt unter der Kompetenzführerschaft der EU für den gesamten europäischen Raum. Für Staaten wie die Ukraine sei „Bologna“ aus mehreren Gründen attraktiv: Das Vorhaben, standardisierte Studienabschlüsse in Europa einzuführen, um die Mobilität von Studierenden, Dozenten und Absolventen zu erhöhen, käme den Reformbestrebungen im ukrainischen Hochschulwesen entgegen und wäre zugleich ein Schritt der Annäherung zwischen Ukraine und der EU. Um den Austausch zu intensivieren, würden für Drittländer wie die Ukraine im Rahmen des Erasmus-Programms neue Fördermittel zur Verfügung gestellt. Der Bologna-Prozess bedeute ferner einen Paradigmenwechsel, der auch für die Problemlage des ukrainischen Bildungswesens von großer Aktualität ist: Die entscheidende Frage, von der der Bologna-Prozess sich leiten lasse, sei: ‚Was braucht der oder die Studierende auf seinem jeweiligen Niveau (Bachelor,

Master, PhD), um seine Kompetenz auf dem Arbeitsmarkt einbringen zu können?'. Damit soll der Einstieg in das Arbeitsleben erleichtert und Impulse für die Überwindung der Arbeitslosigkeit gegeben werden. Zudem ermögliche der Bologna-Prozess eine höhere Transparenz, Wettbewerb, Vergleichbarkeit und Profilierung der Hochschulen. In der Diskussion wurde zu Bedenken gegeben, dass die Bologna-Reformen in Deutschland keineswegs unumstritten seien. Auch die Ukrainer sollten sich deshalb *kritisch* mit ihnen auseinandersetzen.

Einen Anknüpfungspunkt für den Bologna-Prozess in der Ukraine stellt die 2001 begonnene Entwicklung unabhängiger Testverfahren für Schulabsolventen dar. Ziel dieser Verfahren, so **Leonid Sereda**, stellv. Leiter des Zentrums für Testverfahren beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft, sei mehr Chancengleichheit für Schulabsolventen, die objektive Beurteilung der Kenntnisse, die Bekämpfung der Korruption sowie die Ermittlung von objektiven Informationen über das Bildungsniveau. 2006 seien bereits 117.000 Schulabsolventen, das entspricht einem Fünftel des Jahrgangs, in drei Fächern getestet worden (ukrainische Sprache, Geschichte und Mathematik); bis 2009 plane die Ukraine den vollständigen Übergang zum unabhängigen Testverfahren.

Viktor Bobyrenko, Politologe aus Sumy, nannte Faktoren, die Hochschulreformen und damit auch dem Anschluss an den Bologna-Prozess im Wege stünden: Die größten Probleme auf regionaler Ebene lägen darin, dass es dort seit dem Systemwechsel wenig Veränderungen gegeben habe. Der Großteil der alten Kader sei noch da. Die Studenten seien nicht motiviert zu lernen, die Professoren nicht motiviert, zu unterrichten. Und folglich sei auch der Arbeitgeber nicht motiviert, die Hochschulabsolventen einzustellen. Es gebe keinen Wettbewerb. Die Studenten seien Objekt, aber kein Subjekt der Verwaltung. Für die Lösung dieser Probleme seien gesetzliche Veränderungen nötig. Den Professoren müsse ihr Status der Unangreifbarkeit beschnitten und die studentische Selbstverwaltung gestärkt werden.

Im vierten Panel unter dem Titel „*Schüler als Akteure im community development*“ wurden konkrete, von Jugendlichen getragene Projekte vorgestellt, um Anhaltspunkte zu bekommen, was auf diesem Gebiet möglich ist.

Bojana Pajic-Rickerts von der Stiftung „Schüler helfen Leben“ berichtete, wie deutsche Jugendliche, konfrontiert mit den Bildern des Balkankrieges, in den 90er Jahren die Organisation „**Schüler helfen Leben**“ gründeten. Anfangs habe man Hilfspakete im VW-Bus nach Bosnien gebracht. Mittlerweile unterhält SHL dort drei Jugendhäuser und betreut rund 20 langfristige Projekte vor Ort, die hauptsächlich von Jugendlichen geleitet werden.

Anneke Hilbrand, Deutscher Bundesjugendring, präsentierte das Projekt „**Come in Contract**“, bei dem die in der Regel auch bei Jugendprojekten nicht gegebene Möglichkeit, relevante Entscheidungen selbst zu treffen, im Mittelpunkt steht. Grundidee ist, dass Jugendliche Verträge mit Politikern und anderen Personen in öffentlichen Positionen abschließen, wobei beide Seiten Leistungen in den Vertrag einbringen. Die bisher 108 geförderten Projekte berührten Themen wie z.B. Jugendarbeitslosigkeit, Gemeindeentwicklung und Regionalentwicklung in der EU.

Bei der von **Jenny Stacker** präsentierten „**Youth Bank**“ geht es um das Grundprinzip, dass Jugendliche andere Jugendliche in ihrem gesellschaftlichen Engagement unterstützen. Bei den 17 Youth Banks in Deutschland handelt es sich um Schülervereinigungen, Jugendgruppen und -organisationen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen. Sie finanzieren und beraten Mikroprojekte, die auf dem Stiftungsmarkt kaum gefördert werden, weil sie zu klein sind. Finanziert wurden die bisher rund 200 Projekte von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Deutsche Bank Stiftung.

Das ukrainische Projekt „**School in Community**“, vorgestellt von **Natalija Sofij**, verfolgt das Ziel, die Schule nicht nur als eine Lehr- und Erziehungseinrichtung zu betreiben, sondern sie als Akteur von Veränderungen in der Gemeinde ins Spiel zu bringen. Das Projekt wurde 2003 mit Förderung der Renaissance-Foundation mit anfangs 7 Pilotschulen gestartet. Mittlerweile hat sich die Anzahl der beteiligten Schulen verzehnfacht. Die Chancen für Schulreformen und Demokratisierung auf dem Lande schätze Frau **Sofij** auf Nachfrage als besonders gut ein, weil es dort wirkliche „communities“ gebe und Eltern erreichbar seien für Anstöße zur Veränderung. Traditionell sei in der Ukraine die Schule – nebst der Kirche – eine Säule der Gemeindeentwicklung gewesen.

Walentyna Uljanetzka präsentierte das Austauschprogramm **RAZOM** zwischen ukrainischen und polnischen Schulen, das u.a. von der Stiftung PAUCI gefördert wird. 14 Schulen aus beiden Ländern beteiligen sich bisher an dem Projekt, 200 ukrainische und 170 polnische haben ihren Wunsch um Aufnahme bekundet.

In die Arbeitsgruppe „*Subkultur und politische Kultur*“ brachte **Robert Leszczynski** eine interessante polnische Perspektive auf die ukrainische Gegenwart ein. Er definierte den Begriff ‚Subkultur‘ als „Vision der Welt“ bzw. negativ gewendet als „Unzufriedenheit mit dem, was ist“. Er vertrat die Ansicht, dass sich bei den Ereignissen auf dem Majdan nicht die *politische* Wahl, sondern die *kulturelle* Wahl manifestierte. Sie habe sich für die westliche und gegen die postsowjetische Kultur entschieden. Er betonte die nachhaltige Wirkung der Orangen Revolution auf die polnische Jugend: Das Ereignis habe in Polen das Ende eines unpolitischen Jahrzehnts eingeläutet. Die bei einem Solidaritätskonzert in Warschau spontan

aufgenommene polnische Version der Revolutionshymne „Zusammen sind wir viele“ wurde ein Hit. Heute protestiere die polnische Jugend, ermutigt durch den Erfolg auf dem Majdan, gegen die Politik der eigenen Regierung. **Oles Donij** fügte **Leszczynskis** Analyse ein weiteres Beispiel des grenzüberschreitenden Einflusses von Subkulturen an: Die ukrainischen Studenten wurden bei ihren Protesten und Streiks Ende der 80er Jahre, die die Unabhängigkeit des Landes vorbereiteten, direkt durch das Beispiel ihrer polnischen Kollegen inspiriert.

Die Arbeitsgruppe „*Jugend und Vergangenheitsbewältigung in postkolonialen Gesellschaften*“ kam zu dem Ergebnis, dass es in der heutigen Ukraine sehr viele Probleme gibt, die eher durch die junge Generation gelöst werden können. Die ältere sei durch sowjetische und regionalistische Stereotypen geprägt. Es geht um verschiedene Wahrnehmungen des kulturellen und historischen Erbes. So sah man etwa im Osten das Problem der ukrainisch-deutschen Beziehungen anders als im Westen. Geschichtsbücher im Osten und im Westen der Ukraine unterschieden sich voneinander, insbesondere wenn es um die Rolle der Polen in der Geschichte der Ukraine gehe.

Das abschließende Panel war der Rolle der Stiftungen und anderer Förderer in der Unterstützung des Engagements von Jugendlichen gewidmet. **Carsten Lenk** von der Robert Bosch Stiftung, wies darauf hin, dass sich die Förderer bei der Unterstützung der Jugendlichen zwischen verschiedenen Modellen und Leitbegriffen entscheiden müssen, die im Gegensatz zueinander stehen, wie „Vertrauen oder Kontrolle“, „Autonomie oder Regulierung“, „Verantwortung oder Vormundschaft“, „Beteiligung oder Ausgrenzung“.

Stephan Chrobot, Leiter der Friedrich Ebert Stiftung in der Ukraine und Belarus, führte aus, dass die Organisationsstruktur der Parteien in der Ukraine für parteibezogene Stiftungsarbeit ungünstig sei. Die Stiftung konzentriere sich deshalb auf das Angebot von Seminaren und den Netzwerkaufbau. Überraschend sei für ihn die Erfahrung gewesen, dass, als die Stiftung vor den Wahlen Vertreter von Jugendorganisationen und politischen Parteien zu einer Konferenz einlud, die Parteien kein Interesse an dieser Veranstaltung zeigten. Daraus könne man schließen, dass die Zielgruppe für sie nicht interessant war.

Oleksandr Solontaj von der Stiftung für Regionale Initiativen stellte fest, dass der Staat seit Jahren weniger Geld für die Förderung von Jugendorganisationen ausbebe. Deswegen bleibe die Unterstützung aus dem Ausland wichtig. Es stimme zwar, dass finanzielle Förderung Jugendorganisationen auch korrumpieren könne, aber ohne gewisse technische Ausrüstung und Mittel zur Professionalisierung sei keine vernünftige Arbeit möglich. Es gehe auch nicht nur um finanzielle Förderung durch den Staat – auch der Dialog mit dem Staat sei sehr wichtig, funktioniere aber nicht.

Halyna Usatenko, Präsidentin der Stiftung „Europa XXI“ leitete die Dynamik der ukrainischen Gesellschaft auch daraus ab, dass junge Menschen zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend als Möglichkeit begreifen, das öffentliche Leben mitzugestalten und sich selbst zu verwirklichen. Eine Organisation, die nachhaltig Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft haben will, müsse Jugendliche fördern, Vertrauen in sie setzen und ihnen Verantwortung übertragen.

Es bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass mittelfristig für die Akteure der ukrainischen Zivilgesellschaft die Unterstützung ausländischer Stiftungen und Geldgeber unentbehrlich sein wird; dass jedoch zukünftig die Förderung stärker auf ukrainischen Füßen stehen muss. Dass das Kapital vorhanden ist, zeigt allein, dass mehr als hundert der Abgeordneten des Parlaments Dollarmillionäre sind.

Die kontroversesten Diskussionen entwickelten sich während der Veranstaltung zwischen Teilnehmern aus den verschiedenen Regionen der Ukraine. Vorurteile und Argwohn beherrschen nicht selten das Gespräch. Von den Veranstaltern wurden ganz bewusst Teilnehmer aus allen Regionen eingeladen. So bestand der Erfolg der Zweiten Kiewer Gespräche nicht nur in der Vertiefung des Dialogs zwischen der Ukraine und Deutschland, sondern auch in der Förderung der Verständigung der Ukrainer aus Sevastopol, Donetsk, Sumy und L'viv.

Aus der Abschlussdiskussion und dem an die Veranstaltung anschließenden Treffen der deutschen und ukrainischen Steuerungsgruppe einigte man sich als Thema für die Dritten Kiewer Gespräche im Jahr 2007 auf die Frage der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der EU –Ukraine Politik.